

WIR GEHEN

VOR!

DGB

1. Mai

Tübingen

Gute Arbeit
Gerechte Löhne
Starker Sozialstaat

Keine Militarisierung der Schulen und Hochschulen

www.dgb.de

Erklärung zum Bruch der Zivilklausel an der Universität Tübingen

Staatliche Bildungseinrichtungen sind nicht nur hehre, politikfreie Orte der Wissenschaft, sondern immer schon auch Einrichtungen mit denen gesellschaftliche Macht, Herrschaft und Werte gesichert und definiert wurden. Dementsprechend sind sie natürlich politisch umkämpft. Immer wieder hat sich in der deutschen Geschichte beispielsweise auch die Tübinger Universität relativ opportunistisch zu den Staat, Militär und Wirtschaftman auch leider an der Universität in der Weimarer Republik ersehen kann. Tübinger Gewerkefreut, als wir von der lasen, die besagt, dass die Tübinger Universität nur noch friedlichen Zwecken dienen soll. Anscheinend hatte sich die professorale Mehrheit in den Unigremien ein Herz gefasst und sich demokratisch an der Bevölkerungsmehrheit orientiert. Satte Mehrheiten gegen Kriegseinsätze der deutschen Bundeswehr im Ausland finden sich so deutlich bei kaum einem anderen kontrovers diskutierten Thema. Die Zivilklausel ist eine gute Sache - wird die Universität schließlich auch von unser aller Steuergelder finanziert.

Seminar „Ethnologie und Militär“

DGB begrüßt Zivilklausel

Text:

„Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“

Leider müssen wir nun wieder lesen, dass diese Zivilklausel an der Universität als demokratischer Entschluss der universitären Selbstverwaltung wohl nicht viel wert ist. Die Bundeswehr drängt an Hochschulen und Schulen und sucht nach Personal für militärische und zivilmilitärische Einsätze in fremden Ländern. In klarem Widerspruch zum eigentlichen Sinn des Grundgesetzes (von deutschem Boden soll kein Krieg mehr ausgehen) drängelt sich die Bundesrepublik heute wieder in eine „internationale Verantwortung“. Dafür müssen junge Menschen beispielsweise in Afghanistan sterben. Das ist nicht besonders attraktiv und bedarf einer dauernden

1. MAI 2010

Sinn des Grundgesetzes (von deutschem Boden soll kein Krieg mehr ausgehen) drängelt sich die Bundesrepublik heute wieder in eine „internationale Verantwortung“. Dafür müssen junge Menschen beispielsweise in Afghanistan sterben. Das ist nicht besonders attraktiv und bedarf einer dauernden



Werbekampagne vor allem an Bildungseinrichtungen.

Für die finanziell gebeutelte Ethnologie bietet das zivil-militärische Management von Auslandseinsätzen besonders viele neue Berufsmöglichkeiten, gerade auch für (den opportunistisch orientierten Teil des) Nachwuchs. Denn die Ethnologie ist mit praktischen Beru-
fsmöglichkeiten nicht gerade reich gesegnet. Wer diese Profession liebt, hat es nicht einfach, daraus seinen Broterwerb zu basteln. Wenn eine Angestellte der Bundeswehr für Umsonst eines von drei möglichen Hauptseminaren im Fach Ethnologie durchführt, darf man sich schon Sorgen machen. Wenn das The- ma: „Angewandte Ethnologie und Militär“ heißt, ist die Sache klar. Natürlich stellt sich heutzutage niemand mehr hin und betreibt eine offene „Verherrlichung des Krieges“, wie es die Unisprecherin Hönig als Bedingung für die Geltung der Zivilklausel formuliert. Mit ernster, staatstragender Miene und atemberaubenden Konstruktionen („Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“) werden heute Militäreinsätze gerechtfertigt. Wenn Frau Lanik „Fragestellungen aus dem Militär in der zivilen Gesellschaft diskutieren möchte“ ist das die universitätsadäquate Verherrlichung von Krieg als Mittel der Außenpolitik heute.

„Verherrlichung von Krieg“

Fragestellungen aus dem Militär sind beispielsweise: Wie töte ich Aufständische in Afghanistan ohne dass die Hinterbliebenen mir deswegen eine Mine an den Panzer hängen und ich einen Guerillakrieg am Hals habe? Zweifel an der militärischen Gewalt bestehen in „militärischen Fragen der normalen Ethnologie oder auch Entwicklungshilfe. Proble- versitäre und Mili- täre, wie das oben beschriebene muss die uni- versitäre und nicht diskutieren. Sie bedeu- sel. Ein Seminar, setzt, kann nicht dimensionalität choreographie ten sich die Ver- dimensionalität

Bundeswehr-Werbekampagne an Schulen und Hochschulen

ten eindeutig einen Bruch der verabschiedeten Zivilklausel das sich kritisch mit der Militärethnologie auseinander- von Bundeswehrangestellten betrieben werden. Mehr- der Betrachtung war von vorneherein in der Seminar- nicht angelegt. Erst nach aufkommendem Protest mach- antwortlichen motivationslos Gedanken über die Ein- der Seminaranordnung – zu spät! Das ist Bevormundung der Studierenden der Ethnologie, die auf das Haupt- seminar angewiesen sind.

Bevormundung der Ethnologie-Studierenden

Wir fordern die Universität und ihre Angehörigen auf sich selbst und ihre Zivilklausel ernst zu nehmen. Die Unterstützung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu haben sie. Allen EthnologiestudentInnen, die scharf auf angewandte Ethnologie im Dienste der Bundeswehr sind, empfehlen wir das Studium an einer Bundeswehruniversität. Diejenigen, die aus Seminarmangel auf dieses Seminar an- gewiesen sind, sollten sich noch stärker darüber Gedanken machen, warum ihr Fach in einer zivilen Ausrich- tung mehr und mehr abgewickelt wird. Sie sollten für eine zivile Zu- kunft ihres wichtigen Faches strei- ten und demonstrieren – Auch Angebot boykottieren.

Ziviler Ungehorsam gegen schleichende Militarisierung

Militarisierung und die Verwick- lung immer größerer Teile der Weltbevölkerung in kriegerische Auseinandersetzungen fanden noch nie von heute auf morgen statt. Es sind schleichende Prozesse, die auf den ersten Blick als gewöhnlich und normal erschei- nen. Wir erklären uns solidarisch mit all denjeni- gen, die über zivilen Ungehorsam die schlei- chende Militari- sierung der Uni- versität aufhalten wollen, weil sie die Zivilklausel ernst nehmen. Wer sich für friedliche Konflikt- lösungen welt- weit einsetzte, befand sich in der Geschichte der deutschen Geschichte wahrscheinlich schon immer im Bereich der Überschreitung von Normen und Grenzen. Es geht leider nicht ohne Rück- aneignung des universitären Raums und zivilen Ungehorsam. Vielleicht können die notwendigen Störungen ja sogar etwas humoristisch gestaltet sein. Vielleicht kann man so auch den Friedenswillen der OpportunistInnen wieder aufbauen und zurückgewinnen.

